

Thema: Wohlfahrtsstaat

Probleme & Wirkung

- Der Wohlfahrtsstaat Deutschland – die staatliche Fremdvorsorge und gewaltige Umverteilung im Zeichen von „sozialer Gerechtigkeit“ und „Sicherheit“ - ist unfinanzierbar geworden.
- Aus der versprochenen sozialen Sicherheit ist eine staatlich organisierte Unsicherheit entstanden. Sie scheitert insbesondere an der lähmenden finanziellen Belastung der Bürger, dem Schwinden der Eigenvorsorge, dem Kapitalmangel und einem Umlageverfahren, das der demografischen Entwicklung nicht gewachsen ist.

Zahlen & Fakten

- Gegenwärtig hat das Sozialbudget einen Umfang von ca. 700 Milliarden Euro (2006), das ist etwa ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts.
- Die Spitzenbelastung z. B. eines deutschen Facharbeiters kann bei zwei Drittel seines Brutto-Brutto-Einkommens liegen (Beiträge zur Sozialversicherung inkl. Arbeitgeberbeitrag, Einkommensteuer, indirekte Steuern wie Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Getränkesteuer usw.)
- Dies stellt eine neue Art des Sozialismus dar: eine Sozialisierung der Einkommensverwendung. Ca. 35 Millionen Bundesbürger hängen mehr oder weniger am sozialen Tropf.

Position der Familienunternehmer & Forderung

- Sämtliche sozialen Versicherungssysteme sind auf Kapitaldeckung, Vertragsfreiheit und Wettbewerb umzustellen, beginnend mit der Krankenversicherung, bei der dies am leichtesten ist.
- „Die Familienunternehmer – ASU“ treten für eine Reprivatisierung des Sozialen, die Wiederherstellung der Eigenverantwortung und des Privateigentums ein.
- Der Arbeitgeberbeitrag muss mit dem Arbeitnehmereinkommen – mit Auflage gewisser Mindestsicherung – zur Eigenorganisation der Vorsorge an den Mitarbeiter ausgezahlt werden.
- Vorbild für eine Umgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung ist Chile, wo ein überzeugendes Übergangsmodell gefunden wurde. Das chilenische Beispiel ist inzwischen vielfach kopiert.
- Eine Reform des Wohlfahrtsstaates insgesamt, aus einer Vision und einem Konzept heraus, sollte mit dem Arbeitsmarkt beginnen, dann mit der Sozialversicherung sowie mit einer Reform des Steuersystems (Vereinfachung, Senkung der realen Belastung) enden. Ein weiteres wichtiges Reformgebiet ist die Bildungspolitik.
- Begründet werden muss diese Reform nicht nur ökonomisch, sondern auch moralisch: an die ungerecht gewordene „soziale Gerechtigkeit“, die auf ein bloßes Teilen der vorhandenen Mittel setzt, muss eine Ethik des Mehrens treten, die den Erfolg und die Eigenvorsorge belohnt und den „Wohlstand für alle“ wieder maximiert.